

Zur Grossrats-Debatte über die Sicherheit der Basler Juden

# Juden sind Seismografen der Demokratie

Von Joël Hoffmann



Der Grosse Rat hat am Mittwoch einstimmig beschlossen, die Basler Juden beschützen zu wollen. Bewaffnete Sicherheits-

assistenten der Basler Polizei sollen künftig jüdische Einrichtungen bewachen. Die Juden sind erleichtert. Ihre Diplomatie und die Unterstützung einzelner bürgerlicher Politiker, wie etwa von LDP-Grossrätin Patricia von Falkenstein, waren erfolgreich. Die Angelegenheit scheint vorerst erledigt. Doch der Schein trügt.

Die Tatsache, dass die in der Verfassung garantierten Rechte aller Einwohner nach körperlicher Unversehrtheit und der Ausübung der Religion in einer Gemeinschaft für Juden nicht mehr selbstverständlich sind, sondern in einem kantonalen Parlament erst eine Mehrheit finden müssen, ist befremdlich. Dass sich die Vertreter

der jüdischen Gemeinschaft nach dem langwierigen diplomatischen Einsatz gehorsamst bedanken, hat etwas Erniedrigendes.

Bevor die Debatte vor Jahren in Basel begann, attestierte der Nachrichtendienst des Bundes für Juden eine erhöhte Gefährdung, weshalb diese grösseren Schutzes als bisher bedürften. Angesichts der Zustände in Europa, der seit den 1930er-Jahren nicht mehr gekannten Ausbrüche antisemitischer Gewalt, liegt diese Einschätzung auf der Hand.

Doch statt für die Sicherheit der Juden Mittel zu sprechen, war der erste Vorschlag des Bundes, dass die Juden einen Fonds äufnen sollten, um damit ihre Sicherheit zu bezahlen. Das war ein Schock für die Juden: Der Staat will für die Sicherheit eines Teils seiner Einwohner nicht aufkommen. Und die Meinung, die Juden hätten das Geld, um ihre Sicherheit selber zu bezahlen, beruht auf dem antisemitischen Vorurteil des reichen Juden.

Die Realität ist eine andere: Die Kosten für die Sicherheit gefährdet das

jüdische Leben in Basel, weil steigende Kosten schrumpfenden Mitgliederzahlen gegenüberstehen. Die jüdischen Gemeinden, die seit jeher wie selbstverständlich ihre Friedhöfe, den Religionsunterricht und eben die Sicherheit selber bezahlten, weil man sympathischerweise keine Anspruchshaltung an den Staat demonstrieren wollte, baten nun die Politik um Hilfe.

## Wer glaubt, dass die Situation der Juden den Rest der Gesellschaft nicht betrifft, der irrt.

Es war LDP-Grossrätin von Falkenstein, die sich zunächst vergeblich für die Juden einsetzte. Es war die SVP, die Polizisten zum Schutze der Juden forderte. Es war die Linke, die sich sonst doch immer für Minderheiten einsetzt, die den SVP-Vorschlag ablehnte – eine weitere grosse Enttäuschung für die Juden, die mit Ralph Lewin einst einen SP-Regierungsrat stellten.

Und nun also, nach viel diplomatischer Arbeit im Hintergrund, hat auch die Linke schliesslich für den Polizeischutz votiert. Und der im Saal als Zuschauer anwesende Präsident der Israelitischen Gemeinde Basel (IGB), Manuel Battegay, äusserte seine Erleichterung und Dankbarkeit. Die offiziellen Vertreter sind vollends zufrieden. Doch Gespräche mit Juden zeigen, die Verunsicherung ist gross, auch Wut ist nicht zu leugnen. Denn: Während Juden wie Battegay als Arzt am Unispital Leben retten, ist sein Schutz an Leib und Leben, während er seiner Religion nachgeht, nun also eine Frage des politischen Willens der nicht-jüdischen Mehrheit.

Wenn beispielsweise SP-Grossrätin Tanja Soland während der Parlamentsdebatte von einem «Sonderfall» redet, weil der Staat «zum ersten Mal eine private Institution» unterstützt, dann zeigt dies, wie wenig Verständnis für die Situation der Juden bei einigen Politikern vorhanden ist: Die IGB ist nicht abstrakt eine «private Institution», sondern öffentlich-rechtlich anerkannt, so

wie die christlichen Landeskirchen auch. Zudem setzt Soland verharmlosend das Gotteshaus einer verfolgten Minderheit mit irgendeinem Kleiderladen oder einer Disco gleich. Der Ausdruck «Sonderfall» ist ebenfalls problematisch. Er suggeriert, dass die Juden und ihre Situation den Rest der Gesellschaft nicht betreffen. Doch das ist ein Irrtum. Die Juden sind eine Minderheit, die sich immer an die Gesellschaft angepasst hat. In demokratischen, liberalen Gemeinwesen ging es ihnen besonders gut. Und immer dann, wenn die Zeiten unsicherer und unübersichtlich werden, hat der Antisemitismus Auftrieb, weil er jenen einen Sündenbock liefert, die letztlich nicht mehr an Rechtsstaat und Demokratie glauben. Die Situation der Juden ist in gewissem Masse also ein Seismograf zum Zustand der Demokratie. Nimmt ihre Gefährdung wie im heutigen Europa zu, sollte eine freiheitliche Gesellschaft hellhörig werden und die Verfassung besonders pflegen. joel.hoffmann@baz.ch